

# Gemeinderat soll kleiner werden

**Der Balzner Gemeinderat hat an seiner vergangenen Sitzung beschlossen, dass die Mitgliederanzahl von zwölf auf zehn reduziert werden soll. Damit könnte die Gemeinde unter anderem auch sparen.**

Von Joël Grandchamp

Balzers. – Gemäss dem Gemeindegesetz Liechtensteins hat jede Gemeinde einen gewissen Spielraum, wenn es um die Anzahl der Gemeinderäte geht. Der Gemeinderat Balzers hat beschlossen, dieses Recht wahrzunehmen und dem Balzner Stimmvolk eine Reduzierung der Gemeinderäte von zwölf auf zehn Mitglieder vorzuschlagen. «Wir sind der Ansicht, dass zehn Gemeinderatsmitglieder ausreichend sind», sagt Arthur Brunhart, Vorsteher der Gemeinde Balzers auf Anfrage. Der Grund dafür sei, dass das Gremium mit zwölf Mitgliedern relativ gross sei. In der Schweiz seien Gemeinderäte im Allgemeinen kleiner, was aber auch damit zusammenhänge, dass ein anderes politisches System und eine etwas andere Kultur herrschen.

## Finanzielle Einsparungen

Sollte das Balzner Stimmvolk den Änderungsvorschlag annehmen, würde auch die Gemeindekasse davon profitieren. Mit Pauschalen und Sitzungsgeldern könne die Gemeinde jedes Jahr mehr als 10 000 Franken einsparen, sagt Brunhart.

Mehr Arbeit käme wegen der reduzierten Anzahl Mitglieder jedoch nicht auf die Gemeinderäte zu. «Die Sitzungen bleiben gleich. Eventuell gibt es sogar weniger Kommissionen als bisher. Das wird während jeder Mandatsperiode neu definiert. Dazu betrachtet man, welche Kommissionen es braucht und welche nicht», sagt Brunhart. Ein weiterer Pluspunkt ei-

ner Reduzierung der Gemeinderatsmitglieder wäre, dass es nicht immer einfach ist, genügend Leute zu finden, welche sich für Gemeinderatswahlen zur Verfügung stellen.

Mit diesem Problem sehen sich auch andere Gemeinden konfrontiert. So haben sich in Schaan die beiden Grossparteien VU und FBP darauf geeinigt, jeweils zehn Kandidaten für die zwölf zu vergebenen Plätze aufzustellen. Eine Reduzierung des Gemeinderates steht in Schaan momentan jedoch nicht zur Diskussion, sei aber im Rahmen der Anpassung des Gemeindegesetzes diskutiert worden. «Vor vielen Jahren wurde es diskutiert, es wurde jedoch nie umgesetzt», sagt Daniel Hilti, Vorsteher der Gemeinde Schaan.

## Schwierige Suche

In Triesenberg sei eine Anpassung noch nie ein ernsthaftes Thema gewesen. «Mehr Gemeinderäte zu haben, hat sicherlich Vor- und Nachteile», sagt Hubert Sele, Vorsteher der Gemeinde Triesenberg. Weniger Gemeinderäte zu haben, könne zwar effizienter sein, allerdings habe man mit mehr Mitgliedern eine grössere Meinungsvielfalt. «Ein Gemeinderat ist wie ein Gemeindeparlament und darf meiner Meinung nach auch eine gewisse Grösse haben», zeigt sich Sele überzeugt.

Es sei zwar auch in Triesenberg vorgekommen, dass sich die Suche nach Gemeinderatsmitgliedern schwieriger gestaltet habe, in der letzten Mandatsperiode habe es jedoch keine grösseren Probleme gegeben. «Man muss die Leute überzeugen, dass die Position eines Gemeinderates eine wichtige Aufgabe ist. Meiner Meinung nach ist es ein schöner Job», sagt Sele. Es werde immer eine Aufgabe sein, genügend Leute zu finden und zu motivieren, es mache jedoch kaum einen Unterschied ob acht oder zehn Gemeinderatsitze zu besetzen seien. «Die



**Wirtschaftlicherer Gemeinderat angestrebt:** Das Balzner Stimmvolk soll darüber entscheiden, ob der Gemeinderat künftig auf zwei seiner Mitglieder verzichten kann.

Bild Archiv/Daniel Schwendener

Grösse der Gemeinde hängt nicht immer proportional mit den Gemeinderatsitzen zusammen», sagt Sele. Die Aufgaben seien die gleichen, auch wenn eine Gemeinde 8000 Einwohner habe. Triesenberg habe zusätzlich im Schnitt während jeder Sitzung ein oder zwei Themen, welche Malbun betreffen. «Malbun ist fast wie eine zweite Gemeinde von den Aufgaben her gesehen», meint Sele.

## Keine Änderung in Schellenberg

«Eine Änderung wurde im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Gemeindegesetzes angedacht», sagt Norman Wohlwend, Vorsteher der Ge-

meinde Schellenberg. Die jetzige Situation mit acht Gemeinderäten sei für Schellenberg ideal. So sei es auch ohne Probleme möglich, dass nicht alle Gemeinderäte an einer Sitzung teilnehmen.

«Wir haben wesentlich weniger Probleme als in anderen Gemeinden, potenzielle Kandidaten für den Gemeinderat zu finden», sagt Wohlwend. Dies begründet er damit, dass in Schellenberg Kommissionen nicht politisch über den Gemeinderat besetzt seien, sondern durch interessierte Leute aus der Bevölkerung.

Die Gemeinden in Liechtenstein können die Anzahl der Gemeinderats-

sitze gemäss Gemeindegesetz in einem gewissen Rahmen selbst bestimmen. So besteht der Gemeinderat einer Gemeinde aus dem Gemeindevorsteher und – abhängig von der Einwohnerzahl – aus bis zu zwölf weiteren Mitgliedern. Ein Gemeinderat einer Gemeinde mit weniger als 1500 Einwohnern kann sechs oder acht Mitglieder haben, bei bis zu 3000 Einwohnern acht oder zehn, bei mehr als 3000 Einwohner zehn oder zwölf. Momentan haben – neben Balzers – die Gemeinden Schellenberg, Vaduz, Triesenberg und Schaan einen Gemeinderat mit der maximal möglichen Anzahl Mitglieder.

# «My home ist my castle»-Zeiten sind vorbei

**Nicht mit Massnahmen zu übertreiben, heisst für die Regierung jedoch trotzdem, die Lernkurve zu intensivieren. Es gelte zu überlegen, welcher Weg als kleines Land am sinnvollsten ist.**

Von Bettina Stahl-Frick

Vaduz. – Einen eigenen Geheimdienst für Liechtenstein à la NSA aufzubauen, wäre schlichtweg bizarr, auf den Ämtern wieder mit Schreibmaschinen zu arbeiten – was tatsächlich in Russland die Konsequenz des Abhörskandals ist – wäre ebenso grotesk. Zweifelsohne regt Edward Snowden mit seinen Enthüllungen die Welt zum Nachdenken an. Die einen sind empört, die anderen schockiert. Letzteres war beim Datenschutzbeauftragten Philipp Mittelberger der Fall. Über zehn Jahre Berufserfahrung habe er. «Dieser Skandal ist für mich jedoch der Super-Gau.» Liechtenstein müsse bemüht sein, so schnell als möglich reinen Tisch zu machen – «gerade durch die Kleinheit des Landes sind wir besonders verwundbar».

Durchaus ernsthaft, aber etwas gelassener sieht es der Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer: «Zu viele finanzielle Mittel nun in die Spionageabwehr zu investieren, ist nicht der richtige Weg.» Man halte sich vor Augen, dass Angela Merkel für die USA mit Sicherheit interessanter sei als die liechtensteinische Regierung. «Daher appelliere ich an die Bescheidenheit», so Thomas Zwiefelhofer. Damit möchte er nichts verharmlosen – vielmehr möchte Thomas Zwie-

felhofer aber das Augenmerk darauf legen, Wirtschaftsspionage zu verhindern.

## Datenschutz geht alle an

«Tatsächlich ist der Skandal die Spitze des Eisberges», sagte Christine Wohlwend, FBP-Fraktionssprecherin und geschäftsführende Partnerin Elleta AG. Doch auch sie tendiert dazu, Ruhe zu bewahren. Alle zehn Jahre – der letzte Anfang 2000 – würden Abhörskandale publik. «So gross die erste Aufregung ist, so schnell gehen sie auch wieder vergessen.» Entsprechende Abkommen mit Abhörverboten zu schliessen, erachte sie als nicht zielführend. «Wir müssen uns vielmehr bewusster denn je werden, was wir einerseits als Staat, aber auch als Einzelpersonen tun müssen, um Informationen vertraulich zu behandeln.» Eigenverantwortung spiele dabei eine grosse Rolle.

Eine technische Massnahme könnte die Verschlüsselung von Daten sein – «Für Privatpersonen, die technisch nicht so versiert sind, wäre dies aber viel zu kompliziert», sagte Jeffrey Nigg, Vize-Präsident IT Crowd Club Liechtenstein. Denn nicht nur der Staat, auch jeder Einzelne muss sich heutzutage über die Datensicherheit Gedanken machen. «My home ist my castle» – das war einmal. Zu Hause kaum den Computer gestartet, lässt Google-Earth grüssen. Ganz nach dem Motto: «Big Brother is watching you.» Was ausserdem vielen Menschen nicht bewusst ist: Bancomat-, Sammelpunkte- und Treuekarten sind alles Datenträger, die oft mehr preisgeben als einem lieb ist. Internetplattformen wie Facebook



**Auf dem Podium:** Kommunikationsberaterin und Moderatorin Carmen Dahl, Jeffrey Nigg, Geschäftsführer Jeffrey Nigg Informatik, Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer, Christine Wohlwend, Geschäftsführende Partnerin Elleta AG, und der Datenschutzbeauftragte Philipp Mittelberger (von links).

Bild Daniel Ospelt

oder Twitter sind zwar unterhaltsam, können für den Nutzer datenschutztechnisch aber zu einer tückischen Falle werden. Aufklärung und Prävention sind daher gefragter denn je. Vor allem Eltern nehmen eine wichtige Vorbildfunktion ein, die voraussetzt, dass sie sich mit der modernen Technik seriös und intensiv auseinandersetzen.

## «Am Ende unserer Lebensform»

Auch Unternehmen sind gefragt – nicht nur allein die NSA kann für

Spionagefälle verantwortlich gemacht werden – auch unter Konkurrenten ist Spionage keine Seltenheit. «Deshalb gilt es auch für Unternehmen, ihr Know-how gegen aussen zu sichern», so Thomas Zwiefelhofer. Wenn das Land dabei Hand bieten könne, würde es das auch gerne tun, so der Regierungschef-Stellvertreter. Denn gerade bei dieser Innovationskraft sei die Industrie gefordert.

Das Fazit aller vier Experten: Das Internet ist in der heutigen Zeit nicht mehr wegzudenken. Nach wie vor hat

aber jeder Bürger das Recht auf Privatsphäre. Deshalb sind alle angehalten, sorgfältig darüber nachzudenken, wo das Internet hilfreich ist und wann es gilt, sich abzugrenzen. «Denn wenn man nichts mehr verbergen kann, hat man auch keine Geheimnisse mehr», so Philipp Mittelberger. Und wenn man niemandem mehr ein Geheimnis anvertrauen könne, habe man auch keine Freunde mehr. Für den Datenschutzbeauftragten eine fatale Konsequenz: «Denn dann sind wir am Ende unserer Lebensform.»